



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Reden und Aufsätze**

**Göring, Hermann**

**München, 1941**

Deutsch ist die Saar. Aufsatz in der Hearstpresse im Oktober 1934

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79288](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79288)

## Deutsch ist die Saar!

Aufsatz in der Hearstpresse im Oktober 1934

„Die Bevölkerung des Saargebiets ist nachweislich über tausend Jahre lang deutsch und wird es bleiben. Hieran gibt es nichts zu rütteln.“

Wenige Wochen trennen uns von dem ruchlosesten Verbrechen unserer Zeit. Die erschütternde Tragödie von Marseille hat mit ihren Vermutungen und Kombinationen um die Folgen dieses Attentates mit beängstigender Deutlichkeit gezeigt, in welchem Maße die Nervosität im politischen Denken nicht nur der Völker, sondern auch ihrer verantwortlichen Staatsmänner Platz gegriffen hat. In schwärzester Farbe zeichneten die Blätter der Weltpresse die Zukunft. Sarajevo! — schrieben sie und wollten damit den Beginn eines neuen Weltenbrandes voraussagen. Die Welt ist vor diesem alles zerstörenden Giftkelch bewahrt geblieben. Die Beunruhigung aber, daß eine verabscheuungswürdige kleine Clique anarchistischer Verschwörer eine Katastrophe über die Welt und ihre Völker heraufbeschwören könnte, besteht weiter, wenn nicht alles getan wird, um die politische Unruhe, diesen ewigen Friedensstörer, aus der Welt zu bannen. Sollte das den Männern, die die Geschicke ihrer Länder leiten, nicht eine ernsthafte Mahnung sein, Unstimmigkeiten und Gegensätzlichkeiten, die sich beheben lassen, zu beseitigen? Wir sind bereit! Und Deutschland hat seine Bereitwilligkeit zu solcher wahren Friedenspolitik durch den Mund seines Führers mehr als einmal verkünden lassen.

In unserem Verhältnis zu Frankreich liegt einzig und allein eine offene Frage, über die aber auch Verständigung zu erzielen wäre, wenn Frankreich nur will: Die Saarfrage. Im November wird der Völkerbundsrat, wenige Wochen bevor das deutsche Volk an der Saar über sein Schicksal selbst entscheiden und sich für seine Heimat bekennen wird, dieses Problem erneut erörtern. Mögen die Männer des Rates nicht

vergessen, daß es um das Schicksal von achthunderttausend Deutschen geht, die das völkische Deutschland innerlich niemals aufgeben kann. Mögen sie sich erinnern, daß unser Führer und Reichskanzler Adolf Hitler Frankreich wiederholt die Hand zur Verständigung geboten hat — leider vergebens. Die Anregung Hitlers zu einer friedlichen Einigung ist der klarste Beweis dafür, daß von deutscher Seite alles getan worden ist, um zu einer Verständigung mit unserem Nachbarland zu gelangen. Bei einem Abstimmungskampf, in dem Hunderttausende deutscher Volksgenossen um ihre Heimat als um ihr köstlichstes Gut ringen und kämpfen, läßt es sich nun einmal nicht vermeiden, daß neue Gegensätze erwachsen. Ich bin der Meinung, daß bei einer friedlichen frühzeitigen Auseinandersetzung solche Schärfen und Spannungen, wie sie in dem Kampf um die Saar — nicht von uns aus — hereingetragen worden sind, sich hätten vermeiden lassen.

Ein Beispiel, wie hart die Meinungen aufeinanderprallen müssen, zeigt sich besonders in der Frage einer von der Saarregierung geforderten internationalen besonderen Abstimmungspolizeitruppe. Wir Deutschen müssen diese Forderung mit Empörung und Entrüstung ablehnen. Wir empfinden darin geradezu eine Mißachtung der einfachsten Rechte der gesamten Saarbevölkerung. Wenn in diesem Zusammenhang sogar ernsthaft der Vorschlag aufgeworfen worden ist, man solle bewährte Kolonialoffiziere mit der Führung dieser Abstimmungspolizei betrauen, so beweist das eine erschütternde Verwirrung des Denkens. Ich kann dazu nur sagen, daß allein der Gedanke zur Anwendung derartiger Kolonialmethoden eine Schande für die gesamte europäische Kultur bedeutet. Wir haben die Notwendigkeit einer freien und von außen unbeeinflussten Abstimmung anerkannt, und wir sind bereit, diese Freiheit selbst zu garantieren. Deutschland hat in der Behandlung der völkerrechtlichen Verpflichtungen seinerzeit in Oberschlesien den deutlichsten Beweis geliefert, daß

wir gewillt sind, eingegangene Verpflichtungen restlos zu erfüllen.

Die Bevölkerung des Saargebiets ist nachweislich über tausend Jahre lang deutsch und wird es bleiben. Hieran gibt es nichts zu rütteln. Das haben in den vergangenen Wochen und Monaten alle ausländischen Besucher, die das Gebiet bereisten, festgestellt und mit anerkennenswerter Offenheit in Deutschland und in der Weltpresse immer wieder betont. Diese Tatsache haben schließlich auch die Franzosen anerkennen und zugeben müssen. Von den sagenhaften einhundertfünfzigtausend Saarfranzosen ist nirgends mehr die Rede; daß sich eine Mehrheit für den Anschluß an Frankreich ergeben könnte, glaubt in der ganzen Welt niemand; wenn also nunmehr von gewissen Kreisen, die nicht einmal abstimmungsberechtigt sind, im Saargebiet für den Status quo die Reklametrommel gerührt wird, so kann ich nur feststellen, daß diese separatistische Parole jeder realpolitischen Zugkraft entbehrt. Einen Status quo, d. h. eine Beibehaltung des bisherigen Zustandes, gibt es in der Praxis überhaupt nicht. Die Propaganda für ihn ist nichts als eine Täuschung der Abstimmungsberechtigten und ein selten plumper Stimmenfang. Die Folgen einer Mehrheit für den Status quo wären keinesfalls eine Vereinigung oder gar Lösung, sondern lediglich neue Schwierigkeiten, eine Quelle ständiger Auseinandersetzungen, die den gegenwärtigen unerträglichen Zustand verewigen würden, ein politisch wie wirtschaftlich unselbständiges kleines Ländchen, das dem Völkerbund immer neue Schwierigkeiten bereiten und nur den marxistischen und bolschewistischen Unruhestiftern eine Zuflucht bieten würde. Wenn die französischen Politiker mit nüchterner und ehrlicher Erkenntnis diese Folgen betrachten, so werden sie selbst zugeben müssen, daß auch vom französischen Gesichtspunkt aus der Status quo völlig indiskutabel ist. Frankreich muß ganz genau wissen, daß das Saargebiet niemals französisch werden wird, daß ein solcher

Traum eine neue Utopie wäre, und es sollte auch aus einer solchen nüchternen Erkenntnis die Konsequenz ziehen, statt sich der Gefahr auszusetzen, daß nichtfranzösische Emigranten die französische Politik der Zukunft belasten.

Für das Saargebiet selbst würde der Status quo eine Verewigung seiner politischen und wirtschaftlichen Notlage und einen schweren materiellen, nicht abzusehenden Schaden für die Bevölkerung bedeuten. Man soll doch nicht vergessen, daß der Fortfall des vielfach bezeugten Entgegenkommens des Reiches, das heute allein durch seine Rentenzahlungen eine größere Summe nach dem Saargebiet gibt, als die gesamte Einkommensteuer des Gebietes zusammen ausmacht, die Bevölkerung in ungeheure, wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzen würde. Die Schicksalsverbundenheit des Reiches mit der deutschen Saarbevölkerung ist so stark, daß selbst in den hinter uns liegenden Zeiten des Interessenstaates der Weimarer Verfassung die reichsdeutsche Industrie auf den Absatz zugunsten des Saargebiets Verzicht geleistet hat. Die in der letzten Zeit bemerkbare Besserung der industriellen Produktion des Saargebietes ist ausschließlich auf Bestellungen in Deutschland zurückzuführen, die durch die nationalsozialistische Regierung besondere Förderung erfahren haben. Selbst wenn man also die Rechnung rein wirtschaftlich aufstellen würde, eine Methode, die wir in dieser reinvölkischen Frage auf das schärfste ablehnen, dürften die Gegner der endlichen Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich außerordentlich schlecht abschneiden. Gewiß wird es eine Unzahl wirtschaftlicher Übergangsschwierigkeiten und Probleme zu lösen geben, um die organische Eingliederung des fünfzehn Jahre abgetrennten Gebiets nach der Abstimmung in das Reich zu vollziehen. Es gibt aber keine Schwierigkeiten, die wir nicht lösen werden. Die nationalsozialistische Regierung ist in den vergangenen Monaten wirtschaftlicher Schwierigkeiten Herr geworden, die weit größer und gefährlicher waren als diese.

Alles das ist der Bevölkerung des Saargebietes bestens bekannt. Im ganzen gesehen erscheint mir deshalb die Propaganda für den Status quo als eine peinliche Erinnerung an die parlamentarische Zeit in Deutschland, wo jede Partei fünf Minuten vor der Wahl mit großen Versprechungen heraustrat. Versprechungen, die bekanntlich nach der Wahl niemals gehalten worden sind.

Mit ruhiger Gewißheit sehen die Regierung und das deutsche Volk dem Tag der Volksabstimmung entgegen.